

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 886 846 pppn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Ernst Wallemathe MdB reflektiert über die Entwicklung in Chile: 20 Jahre nach dem Putsch gegen Allende.

Seite 1

Siegrun Klemmer MdB kommentiert das Endlager-Problem der Atom-Industrie: Müll in andere Länder zu kippen, ist unmoralisch.

Seite 3

Dr. Albat Schmid MdL resümiert die ersten 100 Regierungstage von Edmund Stoiber: Der Honigmond ist vorbei.

Seite 5

Karl-Heinz Mihr MdEP setzt sich mit der Zukunft der Auto-Industrie auseinander: Nur eine Chance als Teil des Verkehrssystems.

Seite 6

48. Jahrgang / 173

10. September 1993

20 Jahre nach dem Militärputsch Gedanken zur Entwicklung in Chile

Von Ernst Wallemathe MdB
Vorsitzender der deutsch-chilenischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages

I.

Santiago de Chile, Dienstag, 11. September 1973, 10:30 Uhr:
Salvador Allende, seit drei Jahren aus den Wahlen von 1970 hervorgegangener Präsident der Republik Chile, hält seine letzte Rede an seine Landsleute über "Radio Magallanes". Das 2. Panzerregiment des von General Pinochet befehligten Heeres beschießt die "Moneda", den Regierungspalast. Etwa 1 1/2 Stunden später bombardieren Jagdbomber das Gebäude, das nach 19 Treffern in Flammen steht. Gegen 14:00 Uhr ist das Leben von Salvador Allende beendet.

II.

Es wird strittig bleiben, ob der "chilenische Weg" von 1970 bis 1973 so verlaufen mußte, wie er gelaufen ist, und welche in- und ausländischen politischen Interessen zur gewaltsamen "Ablösung" der gewählten Regierung Chiles beigetragen haben. Das Ergebnis war jedenfalls die Errichtung einer Diktatur einer vier-, später fünfköpfigen Militärjunta, die sofort mit "Säuberungen" begann, mit Verhaftungen, Folter, Mord, Verschwinden-lassen, mit Massen-Exilierung.

III.

Ich kann mich gut an die Worte eines katholischen Bischofs erinnern, der 1985 in einem Gespräch mit mir sinngemäß sagte, er sei konservativ genug, um "den 11. September 1973 gut zu finden, aber schon den Tag danach schlecht". Denn die Allende-Zeit mußte in seinen Augen (natürlich nicht gewaltsam) beendet werden, aber schon unmittelbar nach dem Tag des Militärputsches suchten Menschen vor Verfolgung, Verschleppung, Tötung Zuflucht bei den Kirchen oder kamen Angehörige, um Hilfe bei der Suche nach ihren "verschwundenen" Vätern, Ehemännern, Söhnen organisiert zu bekommen.

Vorlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Leipzig: C. Neumann
Neudamm: C. Neumann
Bonn: C. Neumann



IV.

Es gab nicht nur das Nationalstadion in Santiago, wo Tausende Verhaftete tagelang festgehalten, von wo aus sie verschleppt wurden. Es gab den "Kapuzenmann", ein vom Geheimdienst DINA angeworbenes ehemaliges Mitglied der Sozialistischen Partei Chiles, der im Stadion den Pinochet-Schergen die Allende-Parteigänger zeigte.

Es gab auch alsbald das "Vikariat der Solidarität" der katholischen Kirche, das von Kardinal Raul Silva Henríquez in Santiago eingerichtet wurde und das eine wichtige, von Pinochet als "staatsfeindliche Institution" bezeichnete Anlaufstelle für den Kampf um Menschenrechte und Information über deren Verletzungen wurde.

Bei dieser Institution beichtete der "Kapuzenmann" des Nationalstadions, Rene Muñoz Allarcon, 1977 seine Tätigkeit beim Geheimdienst DINA, seine Ausbildung und seine Dienstverrichtungen in der "Colonia Dignidad" und das Zusammenspiel der Diktatur und rechtsgerichteter gesellschaftlicher Kräfte bei der Vernichtung politischer "subversiver" Gegner der Junta. Am 25. Oktober 1977 wurde die zerstückelte Leiche des Muñoz Allarcon in Santiago gefunden.

V.

Im Mai 1980 trat - nach einer "Volksabstimmung" - die vom Pinochet-Regime erarbeitete Verfassung in Kraft. Darin sicherte sich der Junta-Chef für alle Zeiten den Oberbefehl über das Militär, die eigene Militärgenicksbarkeit, die Amnestie für alle Taten der (aufgelösten) DINA und weiterer Geheimdienste.

VI.

Trotz des Verbotes von Parteien, Gewerkschaften und sonstiger "subversiver" Organisationen, trotz der Ausnahmezustände, der Pressezensur, der Unfreiheit von Kunst und Wissenschaft, trotz staatlich angeordneter Terrormaßnahmen hat Chile - gewaltlos - die Diktatur überwinden und die Demokratie wieder installieren können.

VII.

5. Oktober 1988: Pinochet will in einer Volksabstimmung erfahren, ob das Volk ihn als Präsidenten Chiles behalten will. Die Vertreter (der immer noch verbotenen) demokratischen Parteien bereiten die Volksabstimmung gemeinsam in der "Concertacion" vor: Christdemokraten, Sozialdemokraten, Sozialisten, christliche Linke und andere organisieren, auch unterstützt von demokratischen Institutionen in Europa und Amerika, eine große und großartige "Kampagne für das Nein". 352 internationale Wahlbeobachter gehen in die Abstimmungslokale und kontrollieren die Ordnungsmäßigkeit der geheimen Stimmabgabe und - nach Schließung der Wahllokale - die Auszählung. 44 Prozent der Stimmen lauten "Ja", 56 Prozent der Wahlberechtigten wählen mit ihrem "Nein" Pinochet praktisch ab.

VIII.

11. Dezember 1989: Chile ist wieder eine parlamentarische Präsidialdemokratie. Erneut haben sich die demokratischen Parteien - trotz aller Unterschiede - verständigt auf einen gemeinsamen - christdemokratischen - Präsidentschaftskandidaten und in den Wahlkreisen auf die jeweils gemeinsam unterstützten Bewerber(innen) für Senat und Abgeordnetenhaus der unterschiedlichen demokratischen Parteien der "Concertacion". Patricio Aylwin wird mit 56 Prozent der Stimmen zum neuen Präsidenten gewählt.

Sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat verfügen die Abgeordneten über ähnliche Mehrheiten gegenüber den rechtsgerichteten Parteien.

Allerdings: In der Verfassung hatte sich Pinochet das Recht gesichert, neun Senatoren zusätzlich in den Senat zu entsenden, so daß die Senatsmehrheit von 22:16 zugunsten der demokratischen Parteien umgedreht wird in eine Minderheit von 22:25. Somit kann die neue Regierung ihre Gesetze nur durchbringen, wenn das Veto im Senat nicht ausgesprochen wird.

IX.

Diese immer noch existierende Quasi-Mitregentschaft des Militärschefs Pinochet führt natürlich zu Konflikten und zur Unmöglichkeit, die Greuelthaten der Militärdiktatur vollständig aufzuklären und die Täter vor Gericht zu stellen, ja, überhaupt die unabhängige zivile Gerichtsbarkeit zu-

ständig zu machen in Fällen, an denen das Militär beteiligt war oder ist.

Die von Pinochet noch eingesetzten Richter am Obersten Gerichtshof Chiles verhindern unter anderem auch die von Präsident Aylwin verfügten Anordnungen zur Auflösung der "Colonia Dignidad", der Aberkennung der "Gemeinnützigkeit" dieses Staates im Staate, der Aufklärung des Schicksals Verschwundener und Gefolterter der Jahre 1973-75.

Wohl aber hat eine von Präsident Aylwin unmittelbar nach seinem Amtsantritt im März 1990 eingesetzte Kommission "Wahrheit und Versöhnung" rund 3.000 Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, wohl sind zahlreiche Massengräber Ermordeter entdeckt und freigelegt worden. Wer weiß, wie schwer sich Deutsche nach Besiegung des Nationalsozialismus getan haben, Opfer zu rehabilitieren und Täter, insbesondere Schreibtischtäter, zu entlarven oder gar zu bestrafen..... Wer auch mitbekommt, wie schwierig es ist, die Taten des SED-Regimes und der Stasi aufzuklären und einem gerichtlichen Urteil zuzuführen, der sollte nicht naserrümpfend darüber herziehen, was in Chile noch nicht gelungen ist.

X.

Chile, eine alte Demokratie bis 1973, ist seit 1989 wieder eine junge Demokratie. In rund drei Jahren wurde viel erreicht, um eine stabile Entwicklung im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben einzuleiten und behutsam weiterzuführen. Die Zahl der in absoluter Armut Lebenden wurde von vier auf drei Millionen heruntergedrückt. Damit ist Chile immer noch kein "reiches" Land. Aber im südamerikanischen Kontext doch eines der stabilsten und gesündesten.

Am 11. Dezember 1993, in drei Monaten, wird wieder gewählt. Wieder haben sich die jetzt regierenden Parteien auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten geeinigt, und wieder ist das ein Christdemokrat. Eduardo Frei, Sohn des gleichnamigen chilenischen Präsidenten von 1966-1970.

Auf ihn, auf die gleichzeitig zu wählenden Mitglieder der Abgeordnetenkammer und des Senats, auf die ab März 1994 agierende Regierung warten viele Aufgaben, die von der Regierung Aylwin noch nicht oder nicht vollständig bewältigt werden konnten.

Chile ist weiterhin auch auf internationale Unterstützung für eine gedeihliche Entwicklung und auf faire Handelsbeziehungen angewiesen. Der Deutsche Bundestag hat - nachdem in den Jahren 1973-1987 durchaus parteipolitische Auseinandersetzungen über die Beurteilung der damaligen chilenischen Verhältnisse stattfanden, seit 1988 gemeinsame Haltungen erarbeitet und Chile deutsche Unterstützung für die Zeit nach der Überwindung der Diktatur zugesichert. Probleme in unserem eigenen Land und in der europäischen Entwicklung dürfen uns nicht veranlassen, Chile mit seinen Sorgen alleinzulassen.

(-/10. September 1993/rs/ks)

Das Endlager-Problem mit dem Atom-Ausstieg lösen

Müll in andere Länder zu kippen, ist unmoralisch

Von Siegrun Klemmer MdB

Mitglied im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages

Täglich wächst der atomare Müllberg und wird zur immer entscheidenderen Frage in der Atomenergiewirtschaft. Jährlich fallen in den deutschen Atomkraftwerken 500 Tonnen abgebrannter Brennelemente an, zu denen riesige Mengen an schwach- und mittelaktivem Müll kommen. Weltweit ist nach Schätzungen der Atomenergieorganisation (IAEO) bis zum Jahr 2.050 mit 450.000 Tonnen abgebrannter Brennelemente zu rechnen.

Trotz dieses gigantischen radioaktiven Müllbergs hat es die Atomindustrie seit über 40 Jahren nicht geschafft, die Frage der Entsorgung zu klären. Sie produziert statt dessen weiter, als gäbe es das Problem der Endlagerung nicht.

Auch 510 Millionen DM, die im Haushalt des Bundesumweltministeriums 1994 für die Endlagerprojekte Gorleben, Morsleben und Konrad bereitgestellt werden, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß bis heute noch keine ökologisch akzeptable Lösung gefunden worden ist.

Die Sicherheit des für hochradioaktiven Müll geplanten Endlagers im niedersächsischen Gorleben wird von immer mehr Experten bezweifelt. Ebenso stellen erhebliche Sicherheitsmängel in Morsleben ein nicht abzuschätzendes Gefahrenpotential dar, das leichtfertig von den politisch Verantwortlichen ignoriert wird.

Angesichts der desolaten Entsorgungslage in Deutschland setzt die deutsche Atomindustrie auf die internationale Komponente des Problems. Es ist nicht neu, daß weitentfernte mögliche Endlagerstätten, wie zum Beispiel in der Wüste Gobi, in Erwägung gezogen werden. Derartig panische und verantwortungslose Pläne überraschen von Seiten der Atomindustrie nicht.

Mit Besorgnis ist aber festzustellen, daß von namhaften deutschen Wissenschaftlern ein Endlager für hochradioaktiven Müll in Sibirien erwogen wird. Es handelt sich um Sedimentbecken mit angeblich einmalig geologischen Verhältnissen, die durch Erdöl- und Erdgasexplorationen entstanden seien. Die meisten Experten sind sich einig, daß es bisher weltweit kein Endlager gibt, das wissenschaftlich nachweisbar als sicher anzusehen ist.

Die sichere Endlagerung von hochradioaktivem Material ist aber nicht allein eine Frage der geologischen Gegebenheiten, sondern ebenso eine von politischem Bewußtsein und politischer Verantwortung.

Es verbietet sich aus Gründen der Moral, den eigenen Müll in das Haus anderer zu kippen, erst recht, wenn es sich um hochradioaktive Abfälle handelt. Es wäre mehr als verantwortungslos, den Atom Müll in Länder abzuschieben, die ohnehin vollkommen überfordert mit ihrer maroden Atomindustrie sind. Für die Menschen in Sibirien wäre dies ein zusätzliches Gefahrenpotential in ihrer in weiten Teilenbereichen hochgradig radioaktiv verseuchten Umwelt. Ebenso wäre der sichere Betrieb eines Endlagers in derart unstabilen politischen Verhältnissen in keiner Weise gewährleistet.

Deutscher Atom Müll gehört nicht in sibirische Sedimentbecken. Die hausgemachten Probleme müssen im eigenen Land gelöst werden. Dazu zählt auch, daß die Öffentlichkeit für das Problem der Endlagerung radioaktiver Abfälle sensibilisiert wird. Bundesumweltminister Klaus Töpfer sollte endlich den Dialog auch mit den Umweltschützern von Greenpeace aufnehmen. Leider scheint er zu einer sachlichen Auseinandersetzung jedoch nicht bereit zu sein, sondern läßt stattdessen Greenpeaceaktivisten aus der Bannmeile räumen.

Die Chancen für eine Endlagerung sind nur im Zusammenhang mit einem völligen Ausstieg aus der Atomwirtschaft zu sehen. Eine seriöse Planung für kann erst dann einsetzen, wenn die Produktion von weiterem Atom Müll endlich gestoppt wird.

Im Interesse Sibiriens aber auch Europas bleibt zu hoffen, daß sich die Experten auf dem Internationalen Endlager-Hearing vom 21. bis 23. September in Braunschweig eindeutig gegen eine Endlagerung hochradioaktiven Mülls in Sibirien aussprechen und daß Rundland bei seinem 1991 gefaßten Beschluß bleibt, keine Brennelemente aus anderen Ländern aufzunehmen.

(-/10. September 1993/rs/ks)

Der Honigmond ist vorbei

Nach 100 Tagen wird Herr Stoiber vom verdräblichen CSU-Alltag eingeholt

Von Dr. Albert Schmid MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Daß nach einem halben Jahr quälenden landespolitischen Stillstandes, verkörpert in der Person Max Streibls, der neue bayerische Ministerpräsident - und zwar jeder, der es geworden wäre - durchaus auf öffentliches Wohlwollen zählen durfte, war zu erwarten. Nach rund 100 Tagen Amtszeit ist jedoch klar: Der Honigmond für Ministerpräsident Stoiber ist vorbei, der verdräbliche CSU-Alltag hat ihn voll eingeholt.

Herrn Stoibers Versuch, sich und seine Partei aus dem Amigo-Sumpf herauszuziehen, ist bis heute im Ansatz stecken geblieben. Beim Abbau von Privilegien für die Mitglieder der Staatsregierung hat er nur Pfründe abgeschafft, die es anderswo nie gegeben hat. Sein populistischer und pauschaler Feldzug gegen die Zusatzeinnahmen der Kommunalpolitiker hat durch das Festhalten an Herrn Gauweiler auch nicht gerade an Glaubwürdigkeit gewonnen.

In der Sachpolitik hat Ministerpräsident Stoiber weniger Akzente gesetzt als vielmehr einige Knallerbaen geworfen. Seine Forderung nach Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von Beamten ist arbeitsmarktpolitisch schädlich und fiskalisch wirkungslos.

In der Privatisierungsdebatte sieht sich Herr Stoiber mittlerweile in der Rolle des Zauberehrlehlings, der die Geister, die er rief, nicht mehr los wird. Der Verschleuderung der IABG durch seinen Parteivorsitzenden Waigel muß er ohnmächtig zusehen, und die Privatisierung der Bayernwerk AG ist keineswegs eine Stoiber'sche Großtat. Hier hat sich der Ministerpräsident vielmehr durch den Vorstandsvorsitzenden Holzer instrumentalisieren lassen. Für uns Sozialdemokraten ist die Privatisierung von Staatsbetrieben kein grundsätzliches Tabu. Aber wir machen daraus keine ideologische Doktrin, sondern wollen jeden Einzelfall unter dem Gesichtspunkt des Gemeinwohlinteresses genau prüfen.

Die großspurige Mitteilung, Herr Stoiber habe eine "Südschiene" mit Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen geschmiedet, war schon 24 Stunden später Makulatur.

In der Europapolitik schließlich fängt Herr Stoiber in gefährlicher Weise an, auf den demagogischen Kurs der Gauweilers & Brunners einzuschwenken. Wird die CSU denn niemals begreifen, daß man vorhandenen Ängsten mit Argumenten entgegentreten muß, statt sie zu schüren?

Daß mit seinem Kabinett wahrlich kein Staat zu machen ist, weiß der Ministerpräsident selbst am besten. Deshalb hat er seine Minister folgerichtig zu Dezamenten degradiert, in deren Geschäftsbereiche er nach Belieben und ohne auf Widerstand zu stoßen eingreift. Gefährlich wird ihm hier sicherlich niemand, aber ob ihm im Bedarfsfall aus seiner Ministerriege jemand hilft oder helfen will, darf eher bezweifelt werden.

Fazit: Ist Ministerpräsident Stoiber im Vergleich zu früher auch im Ton moderater geworden, so hat sich an der Tatsache, daß mit seiner Person eine Verschlebung des politischen Koordinatensystems in Bayern nach rechts verbunden ist, nichts geändert. Die Hoffnung der CSU, mit dem Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten sei ein Wandel durch Selbstreinigungskräfte erfolgt, hat getrogen.

Den wirklich dringend notwendigen Wandel und Wechsel in Bayern werden die Bürgerinnen und Bürger im Herbst nächsten Jahres vorzunehmen haben.

(-/10. September 1993/rs/ks)

Europas Autoindustrie am Scheideweg

Die Branche hat nur eine Chance, wenn sie sich als Teil eines komplexen Verkehrssystems begreift

Von Karl-Heinz Mihr MdEP

"Erstmals Massenentlassungen in Japan", "Erhebliche Überkapazitäten", "Investitionen halbiert", "Verluste im operativen Geschäft" - so oder ähnlich lauten die Schlagzeilen der bisher als unbesiegt geltenden japanischen Automobilindustrie. Und dies trotz "schlanker Produktion" und "Schlankem Management", Zauberworte, die den europäischen Herstellern sichtbar den Blick für eigene Innovationen verstellen.

Der Mythos überlegener Effizienz durch eine bessere Kostenkontrolle der Japaner, niedrigste Fertigungstiefen in den Fabriken konnte eine negative Marktnachfrage ebenso wenig ausgleichen wie die angeblich so schwerfälligen europäischen Fertigungsstätten in Deutschland oder anderswo.

Gespannt darf man darauf sein, wie die Japaner bei einer weiteren Verschlebung den sozialen Folgekosten begegnen, für die sie so gut wie keine Lösungsvorsorge getroffen haben. Ihr unerschütterlicher Glaube an das nur nach vorwärts gerichtete Wirtschaftswachstum ließ so etwas nicht zu. Daß es auch bei ihnen zu Lasten der Beschäftigten gehen wird, ist unbestritten, aber nicht nur in den Fertigungsstätten der Autoindustrie - vor allem wird es auch die Zulieferer treffen.

Umso erstaunlicher und zweifellos als Erfolg der Brüsseler Kommission ist deren Abkommen mit den Japanern über eine weitere Drosselung ihrer Autoeinfuhren in die EG einzustufen. Die Vermutung, daß sie in ihren europäischen Fertigungsstätten die Zahlen zu ihren Gunsten wieder ausgleichen, ist sicherlich nicht so weit hergeholt und wäre beim Zustand der japanischen Autoindustrie zuhause sogar verständlich.

Was aber nun?

Kommen nun weitere Kooperationen nach dem Beispiel Renault-Volvo auf den Tisch? Forderungen nach mehr Zusammenarbeit der europäischen Hersteller werden seit Jahren diskutiert und hätten, wären sie viel früher erfolgt, das Schaffen riesiger Überkapazitäten und damit wahnsinnige Kapitalverschwendungen verhindert. Statt snobistischem Verhalten von Managern mit unsinnigen Grabenkriegen, wie zur Zeit zwischen Opel und VW in Deutschland, wäre Zusammenarbeit - das Ausnutzen freier Kapazitäten - volkswirtschaftlich vernünftiger.

Es bleibt zu befürchten, daß bei einer auch nur geringen Nachfragesteigerung erneut der Investitionswettlauf beginnt. Neue Fertigungsstätten - natürlich "lean", also schlank und mit noch höheren Ausstoßzahlen - und dies dann erstmals unter Einbeziehung der Japaner in Europa. Statt aber erneut dafür Geld zu verpulvern, brauchten wir endlich die seit langem von der Branche angekündigten Motoren mit weniger als vier Litern Verbrauch. Also der ökologischen Bedrohung und den Verkehrsproblemen angepaßte Produkte.

Bisher gibt es hier aber nicht mehr als ständige Ankündigungen, wie jetzt wieder auf der IAA in Frankfurt. Wir brauchen endlich die Bereitschaft der europäischen Autobauer, sich an neuen Verkehrskonzepten zu beteiligen - sowohl mit Produkten, aber auch mit neuen Ideen, die helfen, den seit langem befürchteten Verkehrsinfarkt zu verhindern. Nur mit dem Selbstverständnis, selbst Teil eines komplexen Verkehrssystems zu sein, gibt es eine Chance für die Zukunft dieser Branche.

(-/10. September 1993/rs/ks)
